

Eine Phänomenologie der Ränder und Antinomien: Pierre Rosanvillons Beitrag zur Methodenfrage in der Ideengeschichte

Dormal, Michel

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dormal, M. (2016). Eine Phänomenologie der Ränder und Antinomien: Pierre Rosanvillons Beitrag zur Methodenfrage in der Ideengeschichte. *ZPTh - Zeitschrift für Politische Theorie*, 7(1), 17-31. <https://doi.org/10.3224/zpth.v7i1.04>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Eine Phänomenologie der Ränder und Antinomien

Pierre Rosanvillons Beitrag zur Methodenfrage in der Ideengeschichte

*Michel Dormal**

Schlüsselwörter: Ideengeschichte, Begriffsgeschichte, Demokratiegeschichte, Methodendiskussion

Abstract: Neben seinen gegenwartsbezogenen Thesen zeichnet sich Rosanvillons Werk vor allem durch eine innovative Methode der historischen Reflexion aus. Der Artikel würdigt Rosanvillons Beitrag zur ideengeschichtlichen Methodendebatte, indem er seine Variante einer Begriffs- und Problemgeschichte mit den Ansätzen der Cambridge School und der Begriffsgeschichte kontrastiert. Zudem wird nach dem normativen Status und der Verallgemeinerbarkeit der Grundannahmen über den französischen Fall hinaus gefragt. Die von Claude Lefort beeinflusste Perspektive auf die Demokratie bildet dabei eine genuin politiktheoretische Komponente von Rosanvillons Unternehmen, die letzteres für die Politische Theorie attraktiver macht als die ‚antiquarische‘ Forschung Skinners oder die semantischen Analysen Kosellecks.

Abstract: The work of Pierre Rosanvallon includes not only observations on contemporary democracy, but also a specifically historical method. The article assesses his contribution to the field of conceptual history by contrasting the approaches of Rosanvallon, Skinner and Koselleck. It is argued that Rosanvallon, by drawing on an understanding of the political introduced by his teacher Claude Lefort, is able to offer a perspective on conceptual history that is especially attractive for Political Theory. In a second step, the question of the role of normativity within conceptual history is raised. The article concludes by discussing the possibility of a specifically French bias.

In der deutsch- und englischsprachigen Literatur werden derzeit vor allem Pierre Rosanvillons Thesen zur gegenwärtigen Transformation der Demokratie rezipiert. Nur am Rande wird notiert, dass er auch einen Beitrag zur Methodendiskussion der Politischen Begriffs- und Ideengeschichte leistet. Den einzigen größeren Überblick in deutscher Sprache dazu hat ein Historiker verfasst (Raphael 2013).¹ Doch bildet die Neubegründung einer ‚Geschichte des Politischen‘ den roten Faden, der Rosanvillons Werk durchzieht und auch seinen Arbeiten zum langen 19. Jahrhundert über den Kreis interessierter Spezialisten hinaus Relevanz verleiht. Seine Vorlesungen am *Collège de France* greifen regelmäßig Themen und Quellen aus vergangenen Jahrhunderten auf. Auch seine neueren Studien

* Dr. Michel Dormal, Universität Trier
Kontakt: dormal@uni-trier.de

1 In französischer Sprache ist dagegen jüngst ein Sammelband zum Gesamtwerk Rosanvillons erschienen, der sich in einigen Beiträgen auch mit methodischen Fragen beschäftigt (Al-Matary/Guénard 2015).

etwa zum Aufstieg der ‚Gegendemokratie‘ oder zur ‚guten Regierung‘ stellen sich als historisch gesättigte Selbstaufklärung der Gegenwart dar, für die er selbst die Bezeichnung „histoire conceptuelle du politique“ geprägt hat (Rosanvallon 1986; 2003).²

Anders als Autoren wie Quentin Skinner oder Reinhard Koselleck hat Rosanvallon seine Methode nur in einigen wenigen Texten zum Gegenstand längerer metatheoretischer Überlegungen gemacht. Letztlich war es für Rosanvallon meist wichtiger, das Potenzial seiner Art von Geschichtsschreibung durch eigene Studien am Gegenstand praktisch zu demonstrieren (Rosanvallon 2011b: 193). Gleichwohl soll im Folgenden sein methodischer Beitrag zur Politischen Theorie und Ideengeschichte kritisch gewürdigt werden. Denn auch wenn er selbst wenig Wert darauf legt, eine ‚Schule‘ zu begründen, so scheint die Beschäftigung mit Rosanvallons Ansatz geeignet, jene methodische Selbstverständigung voranzutreiben, die in der deutschsprachigen Ideengeschichte wiederholt eingefordert wurde (vgl. etwa Busen/Weiß 2013). Ein Grund dafür, dass diese Selbstverständigung stockt, liegt darin, dass es „keinen strukturierten Paradigmenwettbewerb“ gibt, der es ermöglichte, den vorherrschenden Methodenpluralismus „produktiv zu wenden“ (Straßenberger/Münkler 2007: 52). Hier kann Rosanvallon im Vergleich mit der international etablierten Trias von *Cambridge School*, *Begriffsgeschichte* *Bielefelder Provenienz* und *foucaultscher Diskursanalyse* (vgl. Eberl/Marciniak 2011) einen anregenden und eigenständigen Zugang zur Geschichte politischer Ideen, Begriffe und Konzepte bieten, der meines Erachtens der Politischen Theorie auch näher steht als die drei vorgenannten Ansätze.

1. Kritik an der traditionellen Ideengeschichte

Wiederholt hat Rosanvallon seine ‚Geschichte des Politischen‘ von einer konventionellen Ideengeschichte abgegrenzt, wie sie uns heute immer noch in vielen Einführungs- und Überblicksdarstellungen begegnet (vgl. Busen/Weiß 2013: 33): Sein Vorhaben sei „in großer Distanz zur Ideen- und Theoriengeschichte“ angesiedelt (Rosanvallon 2011 c: 55). Natürlich wendet Rosanvallon sich nicht gegen jede Beschäftigung mit älteren Autoren und ihren Schriften, sondern nur gegen eine bestimmte Art der Ideengeschichte. Seine Kritik deckt sich dabei weitgehend mit der Polemik, die Quentin Skinner im englischsprachigen Raum schon 1969 in *Meaning and Understanding in the History of Ideas* gegen seine Zunft führte.

An erster Stelle kritisiert Rosanvallon den Hang zum Handbuch. Zu oft bestünden ideengeschichtliche Werke nur aus einer Aneinanderreihung von Einzeldarstellungen ohne geschichtliche ‚Globalproblematik‘ (Rosanvallon 1986: 97). Als ebenso verfehlt erachtet er eine reine Geschichtsschreibung einzelner Doktrinen (wie Sozialismus oder Liberalismus), die sich darin erschöpft, den Stammbaum einer Lehre zu zeichnen, deren fertige Gestalt man zu kennen glaubt. Eine solche vom Ergebnis her denkende Geschichtsschreibung läuft Rosanvallon zufolge darauf hinaus, Geschichtlichkeit nicht ernst zu nehmen (Rosanvallon 1986: 98). Diese Kritik ist deckungsgleich mit jenem von Skinner kritisierten „Mythos der Lehre“, der „sich fast ausschließlich dem Hinweis auf frühe ‚Vorweg-

2 In der Übersetzung wurde dies zur „Begriffs- und Problemgeschichte des Politischen“ (Rosanvallon 2011c), was die Intention noch präziser beschreibt. Vgl. die selbstkritischen Anmerkungen bei Rosanvallon (1995: 26 f.).

nahmen‘ späterer Lehrsätze“ widmet (Skinner 2010: 31). Derselbe Vorwurf des Anachronismus trifft in Rosanvillons Augen den ‚textzentrierten Komparatismus‘, der Werke aus unterschiedlichsten Kontexten unter einzelnen ahistorischen Oberbegriffen zusammenbringt und vergleicht. Dass dieselben Termini andere Dinge bedeuten können, falle dabei unter den Tisch. Auch hier liegt die Nähe zu Skinner auf der Hand, warnt dieser doch seinerseits davor, das Fortbestehen der Begriffe mit dem „Fortbestehen der Fragen, die diese Begriffe beantworten sollten“, zu verwechseln (Skinner 2010: 68). Der vierte Kritikpunkt Rosanvillons richtet sich gegen den Versuch, aus verstreuten Aussagen eines Autors im Nachhinein eine kohärente Theorie zu rekonstruieren – der Forscher erklärt dann etwa, wie sich die Unterschiede zwischen dem Rousseau des zweiten *Discours* und jenem des *Contrat Social* auflösen lassen, auch wenn der Autor solche Geschlossenheit nie beansprucht hat. Dabei handelt es sich für Rosanvallon wie für Skinner, der vom „Mythos der Kohärenz“ spricht, um einen Trick, fremden Texten seine eigenen Gedanken unterzuschieben, statt sie als historische Quellen ernst zu nehmen (Rosanvallon 1986: 99; Skinner 2010: 38 f.). Der letzte Irrweg besteht für Rosanvallon im Wunsch nach zweifelsfreier Einordnung aller Werke und Autoren in bereitstehende Schubladen mit zig Unterabteilungen. Solche Etikettierung, die problemlos zehn verschiedene Arten des Liberalismus benennen kann, täusche eine falsche Souveränität im Umgang mit der Geschichte vor und setze das Klassifizieren an die Stelle des Verstehens (Rosanvallon 1986: 99).

Kurzum: Abgelehnt wird eine Ideengeschichte, die ältere Werke nur als „kolossale Rumpfe an den Ufern der Vergangenheit gestrandeter Schiffe“ (Rosanvallon 2011c: 55) sieht, um mit diesem geistigen Strandgut anschließend zu verfahren, wie es einem beliebt. Ideen und Theorien sind für Rosanvallon nichts, das unabhängig von der jeweiligen geschichtlichen Erfahrung etikettiert, kanonisiert und ausgeschlachtet werden könnte. Stattdessen sollten wir sie von den historischen Gemengelagen her verstehen, die sich aus dem praktischen, politischen Leben selbst ergeben (Rosanvallon 1998: 362). Dazu ist es nötig, das intellektuelle Strandgut „in einen allgemeinen Kontext der Entschlüsselung“ zurückzusetzen (Rosanvallon 2011c: 55). Methodisch ergibt sich daraus zunächst die Notwendigkeit einer breiteren Quellenbasis, zu der neben den kanonisierten Werken auch Zeitungsbeiträge, politische Reden oder anonyme Broschüren- und Flugblattliteratur gehören (Rosanvallon 1986: 101; Rosanvallon 2011c: 56). Hier ist Rosanvallon zunächst auf einer Linie mit Quentin Skinner, der ebenfalls fordert, unterschiedliche zeitgenössische Quellen zu sichten, um den Sinn zu verstehen, den ein Autor in diesem Kontext mit seinem Text verknüpft hat (Skinner 2010: 81). Doch meint Rosanvallon mit ‚Kontext‘ etwas anderes als Skinner.

2. Kontext und Bedeutung in der Ideen- und Begriffsgeschichte

Das Verhältnis von historischem Kontext und politischen Begriffen und Ideen kann von zwei Seiten her betrachtet werden. Erstens können wir zu einem Werk den Kontext *hinzunehmen*, um zu einem besseren Verständnis des ersteren zu gelangen, da wir nun die zeitgebundenen Absichten des Autors nachvollziehen können. Das ist die Methode Quentin Skinners, der weniger die Bedeutung der Wörter als ihre „Verwendung“ in konkreten Situationen untersuchen möchte (Skinner 2010: 68; Skinner 2009b). Das Schreiben politiktheoretischer Werke ist demnach selbst immer eine politische Handlung in kritischer oder legitimatorischer Absicht. So kann man Skinner zufolge den Repräsentationsbegriff

von Hobbes nur verstehen, wenn man weiß, wie die politische Gemengelage in England Mitte des 17. Jahrhunderts aussah und dass Hobbes mit seiner Theorie der fiktiven Staatsperson bestimmten protodemokratischen Repräsentationsansprüchen die Legitimität absprechen wollte (Skinner 2009a). Nur indirekt verdichten sich diese divergenten Absichten und Kontexte am Ende zu verschiedenen Mustern des Staatsdenkens (Skinner 2012).³ Die andere Möglichkeit ist, Ideen und Begriffe selbst als Quellen zu begreifen, die etwas *über* die Gesellschaft aussagen. Das ist die Methode Kosellecks und der Begriffsgeschichte. Sie will die „Auflösung der alten und die Entstehung der modernen Welt in der Geschichte ihrer begrifflichen Erfassung“ nachzeichnen (Koselleck 1974: XIV). Begriffe werden auch hier nicht isoliert und abstrakt betrachtet, doch dient ihre Erforschung vor allem dazu, indirekt „langfristige Strukturveränderungen“ der Gesellschaft als Ganzer zu erschließen (ebd.: XXI).⁴ Die Beweggründe einzelner Autoren interessieren weniger als die Spur von Beharrung und Wandel, die sich durch die Jahrhunderte verfolgen lässt. So wird in dem einschlägigen Artikel in den *Geschichtlichen Grundbegriffen* denn auch nicht wie bei Skinner die (de-)legitimierende Absicht beleuchtet, in der dieser oder jener Autor von Repräsentation spricht, sondern der Wandel des Repräsentationsbegriffs vom Mittelalter über den Absolutismus und die Ständeverfassung bis zum modernen Parlamentarismus nachvollzogen (Podlech 1984).

Das Vorgehen Rosanvillons lässt sich in einer ersten, vorläufigen Annäherung als Versuch deuten, beide Verfahrensweisen systematisch zusammenzubringen. Rosanvillon selbst bekennt sich in seinem Text von 1986 dazu, viele Grundgedanken mit Skinner zu teilen und spricht diesem das Verdienst zu, der Ideengeschichte wichtige neue Impulse verliehen zu haben. Zugleich möchte er seinen eigenen Ansatz explizit nicht mit jenem der *Cambridge School* verwechselt wissen (Rosanvillon 1986: 104 f.). Ähnliche Äußerungen finden sich auch in Bezug auf Koselleck. So gibt er in einem Interview zu Protokoll: „I knew Koselleck well personally. [...] His *Begriffsgeschichte* was likewise a very important asset to me. But I wanted to go further, beyond a contextual and philological history of ideas [...] I've never wanted to separate a renewed history of ideas from a strictly political history“ (Rosanvillon 2007: 711). Die Kritik an Koselleck und Skinner funktioniert spiegelbildlich. Das Problem mit der Begriffsgeschichte sieht Rosanvillon darin, dass sie zu abstrakt, zu ‚philologisch‘ vorgehe, sich auf die Auswertung von Wörterbüchern stützt, aber konkreten Konflikten und den sie begleitenden politischen Erwartungen und Enttäuschungen keine Aufmerksamkeit schenkt. Demgegenüber zielt die Kritik an Skinner auf eine Überprivilegierung der einzelnen Absichten und wechselnden

3 Aus der umfangreichen Literatur zur Cambridge School sei hier nur auf die wichtigsten Beiträge aus der Feder von politischen Theoretikern verwiesen (Tully 1988; Rosa 1994; Asbach 2002; Palonen 2004). Ich übergehe hier die Frage, inwiefern Skinner in seinen jüngsten Schriften selbst von seiner früheren Verfahrensweise abweicht (vgl. Lane 2012).

4 Begriffe sind für Koselleck nicht bloße Wörter; vielmehr bündeln sie „die Vielfalt geschichtlicher Erfahrung und eine Summe von theoretischen und praktischen Sachbezügen in einem Zusammenhang, der als solcher nur durch den Begriff gegeben ist“ (Koselleck 1974: XXIII). Begriffswandel ist daher nicht nur ein Indikator für sozialen Wandel, sondern, ohne mit ihm zusammenzufallen, immer auch ein Teil dieses Wandels: „Wortbedeutungswandel und Sachwandel, Situationswechsel und Zwang zur Neubenennung korrespondieren auf je verschiedene Weise miteinander. Im Schnittpunkt solcher insgesamt geschichtlicher Vorgänge liegt ein jeweiliger Begriff“ (ebd.). Auf die metatheoretischen Voraussetzungen und Implikationen dieses Verständnisses von der Rolle von Begriffen kann ich hier nicht weiter eingehen. Dies wurde in der Literatur bereits hinreichend oft getan (zum Beispiel Egner 2013: 88; grundlegend auch hier Palonen 2004; zuletzt Huhnholz 2015). Siehe auch Koselleck (2010).

Handlungskontexte, so dass eine innere Kontinuität politischer Probleme gar nicht mehr sichtbar bzw. sofort unter den Verdacht einer ‚philosophia perennis‘ gestellt werde (Rosanvallon 1986: 105).

Für seinen eigenen Ansatz benutzt Rosanvallon (1986: 96) die Metapher einer Geschichtsschreibung „auf Messers Schneide“. Die materialreiche Rekonstruktion konkreter politischer Konfliktkonstellationen soll einerseits, ganz im Sinne Skinners, der Geschichte ihre Offenheit und Gegenwart zurückgeben: „What interests me is understanding the political experience of the past all over again, making it come alive once more [...]. Therefore, the point is to re-invest the past with its dimension of indeterminacy“ (Rosanvallon 2007: 710). Geschichte soll als „ein Nacheinander von Gegenwarten“, die jeweils neu und problematisierungsbedürftig erscheinen, sichtbar gemacht werden (Rosanvallon 2011c: 49 f.). Zugleich möchte Rosanvallon aber, und hier ist er näher an Koselleck, *durch* diese einzelnen Erfahrungen *hindurch* auch größere, relativ stabile gesellschaftliche Deutungsmuster und Kategoriensysteme – und deren Wandel in der mittleren und langen Dauer – erschließen. Er spricht in diesem Zusammenhang etwa von einem „umfassenderen sozialen Imaginären“ (Rosanvallon 2011c: 55).

But can you have it all? Die Frage liegt nahe, inwiefern hier tatsächlich eine spezifische ‚Methode‘ vorliegt, die mehr ist als eine improvisierte Kombination bestehender Verfahren oder eine ‚methodische Utopie‘⁵, die zur zielgerichteten Anleitung praktischer Forschung aufgrund ihres totalisierenden Anspruchs nicht taugt. Die Frage ist in doppelter Hinsicht positiv zu beantworten. Einerseits hat Rosanvallon in seinen zahlreichen Einzelstudien die Umsetzbarkeit seines Forschungsprogramms „so beharrlich wie überzeugend“ (Raphael 2013: 19) unter Beweis gestellt. So kombiniert seine Studie zur Geschichte der Repräsentation eindrucksvoll die quellengesättigte Beschreibung der konkurrierenden Antworten, die in unterschiedlichen Kontexten auf die Frage, wo, wie und von wem das Volk gegenwärtig gemacht werden könnte, von den Akteuren gegeben wurden, mit einer Analyse verschiedener übergreifender Repräsentationslogiken – von der abstrakten Einheitsrepräsentation über den Versuch unmittelbarer Vergegenwärtigung soziologischer Gruppen bis hin zur von Parteien und Gewerkschaften geprägten ‚Gleichgewichtsdemokratie‘ (Rosanvallon 1998). Aber auch auf der Ebene der Methodologie lassen sich spezifische Vorgehensweisen und theoretische Vorgriffe benennen, die die Eigenständigkeit der *histoire conceptuelle du politique* ausweisen. Sie verleihen Rosanvallons Ansatz im Vergleich mit der *Cambridge School* oder Begriffsgeschichte zugleich eine genuin politiktheoretische Fundierung und Ausrichtung. Auf die Gefahr hin, eine lebendige und noch lange nicht abgeschlossene Forschungspraxis über Gebühr zu schematisieren, möchte ich dies im Folgenden entlang von drei konkreten Punkten ausführen, die mir besonders charakteristisch erscheinen.

5 Der Ausdruck stammt von Rosanvallon (1995: 32) selbst, der es als seine ‚methodische Utopie‘ bezeichnet, jene Schnittpunkte zu finden, an denen sich die politische Realgeschichte und die Geschichte des Politischen Denkens überlagern.

3. Grundelemente einer Geschichtsschreibung des Politischen

3.1 Der Begriff des Politischen

Eine erste, grundlegende theoretische Entscheidung, die ihn von Skinner oder Koselleck absetzt, klingt bereits in der Bezeichnung an, die Rosanvallon seinem Projekt gegeben hat: Es geht um eine Geschichte *des Politischen*. Er greift damit eine in der französischen Politischen Philosophie verbreitete Unterscheidung auf.⁶ Den Begriff umreißt er zunächst in folgender, etwas diffuser Weise: „Sich auf das Politische und nicht auf die Politik zu beziehen heißt, von Macht und Gesetz, Staat und Nation, Gleichheit und Gerechtigkeit, Identität und Differenz, Bürgerschaft und Bürgersinn zu sprechen, kurzum, von allem, was jenseits des unmittelbaren Feldes der Parteienkämpfe um die Ausübung der Macht, der alltäglichen Regierungsgeschäfte und des Normalbetriebs der Institutionen ein Gemeinwesen ausmacht“ (Rosanvallon 2011c: 47). Unübersehbar schließt Rosanvallon hier an seinen Lehrer Claude Lefort an. ‚Das Politische‘ zu denken hieß für Lefort (2001: 20, 282), nach der spezifischen Formgebung und Instituierungsweise politischer Gemeinwesen zu fragen – eine Frage, die eine szientistische Politikwissenschaft nicht stelle. Diese Intention weitet Rosanvallon zum historischen Forschungsprogramm aus und grenzt sich damit zugleich von der in den 1980er Jahren von René Remond in Frankreich wiederbelebten ‚neuen Politikgeschichte‘ ab (Rosanvallon 1995: 27; zum französischen Kontext vgl. Jennings 2001). Er beansprucht aber nicht, wie es etwa Carl Schmitt und Chantal Mouffe tun, eine bestimmte, zeitlose ontologische ‚Grundstruktur‘ des Politischen aufzuzeigen, die ihren konkreten historischen Erfahrungs- und Manifestationsformen vorausginge.⁷ Der Begriff des Politischen ist für Rosanvallon zunächst ein „*présupposé méthodologique*“ (Rosanvallon 1986: 96) – eine begriffliche Voraussetzung, um disparate Text- und Quellengattungen auf gemeinsame Fluchtpunkte hin anzuordnen und zu befragen. Er fasst das Politische dabei zugleich als soziales Feld und als Prozess: Zum einen bezeichne es den „Ort, wo Menschen, Männer wie Frauen, ihre vielfältigen Lebensentwürfe koordinieren, den Ort, der die Gesamtheit ihrer Diskurse und Handlungen mit einem Rahmen versieht“, zum anderen den „stets umkämpften Prozess der Erarbeitung impliziter oder expliziter Regeln des kollektiv Zugänglichen und Verfügbaren“, die „dem Leben des Gemeinwesens seine Gestalt verleihen“ (Rosanvallon 2011c: 46). Die Geschichte des Politischen zu schreiben heißt, diesen Prozess in seiner Unbestimmtheit und Erfahrungsdichte nachzuvollziehen, um im zweiten Schritt die historisch besondere Weise zu bestimmen, wie dabei jeweils das Feld des Gemeinsamen geordnet wird – wobei durchaus das Ergebnis denkbar ist, dass die Möglichkeit einer gemeinsamen Ordnung überhaupt erodiert, wie Rosanvallon (2006: 312) es für die ‚Gegendemokratie‘ fürchtet.

Die doppelte Begriffsbestimmung des Politischen verbindet damit intern die beiden Erkenntnisziele, die ich etwas vereinfacht Skinner und Koselleck zugeordnet habe – das kontextgesättigte Verstehen vergangener Handlungen einerseits und andererseits das Erschließen größerer historischer Strukturen. Die einzelnen Ausprägungen dieses Praxis-Diskurs-Komplexes bezeichnet Rosanvallon (1986: 99) auch als „politische Rationalität“.

6 Zum Unterschied zwischen der Politik und dem Politischen vgl. auch Bedorf/Röttgers (2010).

7 Mouffe (2007: 16) schlägt bekanntlich im Anschluss an Schmitt ein Verständnis des Politischen als der „Dimension des Antagonismus“ vor. Auch für ‚radikale‘ Denker wie Žižek oder Badiou hegt Rosanvallon (2011b: 195 f.) keine Sympathien.

ten“. Als Beispiel lassen sich jene ‚Rationalitäten‘ anführen, die in Frankreich der Problematisierung des Wahlrechts im 19. Jahrhundert zugrunde lagen – ‚Vernunft‘ oder ‚Zahl‘, verallgemeinerungsfähige Diskussion oder individualisierte Mehrheitsentscheidung (Rosanvallon 1992). Solche ‚Rationalitäten‘ beschreiben einerseits Deutungsmuster von gewisser Dauer, doch zugleich bedarf ihr Verständnis der Rekonstruktion jener Handlungskontexte, in denen sie von den Akteuren zu Legitimations- oder Kritik Zwecken artikuliert wurden.⁸ Sie kristallisieren sich entlang von bestimmten Begriffen wie Wahl, Repräsentation oder Recht, und werden gelegentlich auch in die Form einer ‚Theorie‘ gegossen. Doch es sind nicht ‚Ideen‘ einzelner Autoren: Der vernunftzentrierten Auffassung des Wahlrechts lässt sich nicht nur bei Guizot, sondern auch in Wahlgesetzen, Parlamentsreden, der politischen Symbolik und Ähnlichem nachforschen. Der Begriff der ‚Rationalitäten‘ bewegt sich damit in der Nähe dessen, was Foucault als *épistème* bezeichnete – Rosanvallon (1995: 34) beschreibt seine Geschichtsschreibung explizit als ‚Wiederaufgreifen der ursprünglichen Intention Foucaults‘. Doch habe Foucault selbst das Politische verfehlt, da er in einem engen, mechanischen, nur in Kategorien von Kräften und Gegenkräften denkenden Verständnis von Politik gefangen geblieben sei.

3.2 Eine Phänomenologie strukturbildender Aporien

Diese sehr breite Konzeption des Politischen spezifiziert Rosanvallon durch eine weitere Grundannahme: Die Bewegung der politischen Rationalitäten vollziehe sich entlang von „strukturbildenden“ Aporien, d.h. inneren „Unklarheiten und Spannungen“ (Rosanvallon 2011c: 49, 57). ‚Vernunft und Zahl‘ als mögliche Deutungen des Wahlrechts stellen ein Beispiel für eine solche Aporie dar, die bis heute wirkt – man denke an den Streit über das Wahlrecht ab 16 Jahren. Entscheidend ist, dass diese Spannung nicht einer fehlenden Definition der Grundsätze und Funktionen des Wahlrechts entspringt, die der Theoretiker beheben könnte. Sie resultiert aus den gegenläufigen Imperativen der subjektiven Inklusion einerseits und der kollektiven und darum auf eine wie auch immer näher zu definierende Verallgemeinerungsfähigkeit verwiesenen Selbstregierung andererseits, die in der Demokratie beide mit dem Wahlrecht assoziiert sind. Die Aporie ist also ‚konstitutiv‘ nicht nur, weil sie die Anfänge der Demokratisierung begleitete, sondern in dem stärkeren Sinne, dass die Zeitgenossen die demokratische Ordnung gar nicht außerhalb dieser Spannung denken konnten. In *le peuple introuvable* identifiziert Rosanvallon (1998: 31) analog den Gegensatz zwischen dem abstrakten Volksbegriff des Verfassungsrechts und dem Anspruch auf konkrete Vergegenwärtigung der empirischen Vielfalt als konstitutive Aporie. Solche inneren Gegensätze, an denen sich die Zeitgenossen in der Praxis wie der Theorie abgearbeitet haben, bilden in allen Studien Rosanvallons die organisierenden Achsen. In *la contre-démocratie* ist es die Spannung zwischen prozeduraler Legitimität und gesellschaftlichem Ver- bzw. Misstrauen (Rosanvallon 2006: 11). Anders als Quentin Skinner unterstellt Rosanvallon, dass solche ‚strukturbildenden‘ Aporien eine gewisse Eigensinnigkeit entwickeln, die es erlaubt, Texte und Theorien unabhängig von den streng

8 Das hat für den verwandten Zusammenhang der Geheimwahl etwa Hubertus Buchstein (2000) gezeigt, der den Nachweis führt, dass keine genetische Beziehung zwischen dem Kampf für die Geheimwahl und für die Demokratie bestand – die ‚Rationalität‘ der Geheimwahl also nicht nur als eine demokratische zu verstehen ist.

situativen Intentionen der Autoren zueinander in Bezug zu setzen.⁹ Zudem scheint er dabei davon auszugehen, dass zu einem gegebenen Zeitpunkt jeweils nur eine begrenzte, halbwegs überschaubare Anzahl solcher Aporien ‚strukturbildend‘ wirken. Entlang dieser lässt sich dann die dichte, synchrone Rekonstruktion vergangener Gegenwarten à la Skinner mit der diachronen Untersuchung von Begriffswandel zielgerichtet verkoppeln, ohne sich dabei im „Kleinklein des historischen Materials“ und dem uferlosen Projekt einer ‚histoire totale‘ zu verlieren (Raphael 2013: 17).¹⁰

Diese Grundannahme einer aporetischen Konstitution des Politischen wird von Rosanvallon in ein charakteristisches Forschungs- und Darstellungsverfahren überführt. Für die Erschließung der Quellen ergibt sich zunächst der methodische Imperativ, an den Gegensätzen, Enttäuschungen, Zweifeln und Spannungen anzusetzen (Rosanvallon 2011c: 56). Wenngleich die Suche nach den strukturbildenden Gegensätzen dabei zunächst unvermeidlich durch ein gewisses Vorverständnis angeleitet wird (siehe 3.3), dürfen sie nicht nach Belieben vom Forscher als Interpretations- und Selektionskontext gesetzt werden. Sie sind letztlich immer auf Grundlage einer breiten Quellenbasis im historischen Material selbst aufzuspüren und nachzuweisen. Hier ist Rosanvallon wieder ganz bei Skinner in der Ablehnung einer anachronistischen Lektüre der Geschichte. Wollte man mit seiner Methode die vieldiskutierte Schieflage und Ungleichheit politischer Repräsentation historisch erhellen, könnte man etwa – statt von einer zeitlosen normativen Definition – von der Tatsache ausgehen, dass schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fast überall in Kontinentaleuropa dem als Betrug und Verzerrung kritisierten Mehrheitswahlrecht das Verhältniswahlrecht entgegengehalten wurde. Dies lässt sich zeitgleich in der Broschürenliteratur, in parlamentarischen Reformdebatten oder der ‚Höhenkammliteratur‘ beobachten (vgl. Rosanvallon 1998: 154 ff.). Dort wird der Zipfel einer inneren normativen Spannung des Repräsentationsbegriffs (integrative Willensbildung versus Abbildung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse) greifbar, deren Spur sich dann aufnehmen und nach verschiedenen Richtungen hin nachgehen lässt – rückwärts etwa bis zu den Verfassungsdebatten der großen Revolutionen, nach vorne bis zur aktuellen Diskussion über die ‚deskriptive Repräsentation‘ von Minderheiten.

Die historische Darstellung beginnt Rosanvallon meist mit bestimmten Konzepten und Begriffen, die in einer historischen Situation neu auftauchen oder problematisch werden, um anschließend nach und nach ihre inneren Nichtidentitäten, Widerstände und Fliehkräfte zu entfalten. Die quellennahe Rekonstruktion einzelner Absetzbewegungen wechselt sich dabei ab mit Passagen, in denen die verschiedenen Seitenpfade und Parallelgeschichten als ‚Knotenpunkte‘ (Rosanvallon 1986: 100) einer größeren, komplexen geschichtlichen Bewegung des Politischen reflektiert werden. Das Politische wird so als unsichere, ohne Geländer operierende „Arbeit der Erforschung und Erprobung“ innerer Spannungen les- und erzählbar gemacht (Rosanvallon 2011c: 49). Geneviève Verdo hat dieses Verfahren als zentrifugal beschrieben: Die zunächst scheinbar gesicherten Begriffe zersprängen unter Rosanvallons Händen in gegenläufige Rationalitäten, und während die

9 Hier ist, bei allen grundsätzlichen Unterschieden, eine Nähe zu Luhmann erkennbar, der politische Semantiken wie Repräsentation und Souveränität als „Entfaltung der Paradoxie“ spezifischer systeminterner Unentscheidbarkeiten beschrieb (Luhmann 2000: 323 f.).

10 Raphael weist an der zitierten Stelle darauf hin, dass Rosanvallon nie der Versuchung erlegen sei, eine ‚Totalgeschichte‘ zu schreiben. Allerdings beansprucht jener andernorts für sich genau das: „c’est vers ‚une histoire totale‘ qu’il faut se diriger“ (Rosanvallon 1995: 29). Doch wird dieser prinzipielle Anspruch eben durch die Konzentration auf eine begrenzte Zahl strukturbildender Aporien sinnvoll ausbalanciert.

Aporien anfangs noch versöhnbar schienen, würden sie im Verlauf der Forschung (und der einzelnen Bücher) zunehmend schärfer und tiefer gezeichnet (Verdo 2002: 698). Das stimmt nur zum Teil, denn es werden auch Lernprozesse und vorübergehende Lösungen aufgezeigt, die von den Zeitgenossen gefunden wurden, beispielsweise der ‚rationalisierte Pluralismus‘ der Parteiendemokratie als Vermittlung zwischen dem abstrakten, verfassungsrechtlichen Volksbegriff und der empirischen Vielfalt der Meinungen und Identitäten. Rosanvillons Intention ist nicht nur dekonstruktiv, sondern auch und vor allem ‚rekonstruktiv‘ (vgl. Schulz 2015: 155).

Doch werden auch diese vermittelnden Arrangements – wie ‚Gleichgewichtsdemokratie‘ (Rosanvallon 1998) oder ‚Durchschnittsdemokratie‘ (Rosanvallon 2000) – immer als prekär und voraussetzungsreich dargestellt und selbst wiederum historisiert. Die Darstellung mündet so nicht in eine verallgemeinerbare Lösung oder eine begriffliche Synthese, sondern in dem narrativen Nachvollzug einer offenen Suchbewegung (vgl. insbesondere Rosanvallon 2008). Hier liegt, um beim Beispiel der Repräsentation zu bleiben, ein großer Unterschied etwa zu dem vielbeachteten Buch von Urbinati (2006), das von Rousseau über Kant und Sieyès bis zu Condorcet das kanonisierte Denken über das Verhältnis von Repräsentation und Demokratie Revue passieren lässt, dabei Erkenntnisse und Irrwege sammelt und am Ende ein stimmiges Modell ‚der‘ repräsentativen Demokratie präsentiert, das aber im Grunde auch schon Rousseau hätte erkennen müssen, wäre er nicht einem Kategorienfehler aufgesessen.

3.3 Das Kontinuum der demokratischen Frage

Für Rosanvallon ist die Geschichtsschreibung entlang innerer Aporien nicht nur ein heuristischer Kniff, sondern eine „Phänomenologie“ der „Sache selbst“ (Rosanvallon 2011c: 54 f.). Das wirft erkenntnistheoretische Fragen auf. Die gründliche Beschäftigung mit dem historischen Material und das von Koselleck postulierte ‚Vetorecht der Quellen‘ mögen den abwegigsten Anachronismen vorbeugen. Doch sind uns vergangene Gegenwarten darüber hinaus zugänglich? Was garantiert uns, dass wir mit unserer Deutung tatsächlich die politische Erfahrung der Zeitgenossen treffen? Viele Historikerinnen würden solche Ansprüche vermutlich gar nicht stellen. Rosanvallon verteidigt sie – und liefert dafür eine gewagte, aber spezifisch politiktheoretische Begründung. An dieser Stelle lässt sich der Tatsache nicht mehr ausweichen, dass alle seine Arbeiten nicht die Geschichte ‚des Politischen‘ schlechthin, sondern die moderne Demokratie zum Gegenstand haben. Er hat bislang kein eigenes Buch über die antike Demokratie geschrieben und keines über das *Ancien Régime*. Sogar seine Geschichte des französischen Staates behandelt nur die Zeit seit 1789 (Rosanvallon 1990) – eine souveräne Vernachlässigung der absolutistischen Periode, deren Bedeutung für jede Geschichte der Staatsgewalt auf der Hand liegt. Doch diese Beschränkung hat bei Rosanvallon methodischen Charakter: Es ist die Tatsache, dass wir heute ebenfalls in der Demokratie leben, die uns seines Erachtens den Zugang zu vergangenen Gegenwarten eröffnet.

Es ist die unterstellte „Übereinstimmung zwischen unserer eigenen Erfahrung des Politischen und derjenigen von Männern und Frauen, die vor uns lebten“, die die Möglichkeit verbürgt, ein ‚emphatisches‘ Verständnis ihrer politischen Welt zu gewinnen (Rosanvallon 2011c: 50; Rosanvallon 1986: 102). Nicht, dass sich die Formen der Demokratie nicht verändert hätten. Aber sie alle lassen sich als Antworten auf verwandte Ausgangs-

probleme lesen. Insofern ist die Charakterisierung Rosanvillons als eines ‚Archäologen der Demokratie‘ (Verdo 2002) unglücklich. Denn der Archäologe findet oft nur Trümmer und Fragmente, denen er fremd gegenübersteht: Bis heute streiten sich die Forscher darüber, welche Funktion das Scherbengericht in Athen hatte – aus den Scherben lässt sich die Prozedur, aber nicht die ‚politische Rationalität‘ ihres Einsatzes herauslesen. Rosanvillons Methode setzt dagegen voraus, dass der Forscher in einem grundsätzlichen Sinn in demselben Problemfeld angesiedelt ist wie sein Gegenstand: Er spricht von der Geschichte als „recherche dans laquelle nous restons immergés“, einer Suche, die auch die unsere ist (Rosanvillon 1998: 362; vgl. Rosanvillon 1986: 102). Diese Unterstellung trennt ihn scharf von Skinner, der stets auf der Inkommensurabilität der Ausgangsprobleme insistierte. Sie verbindet ihn eher schon mit der Methode Kosellecks (1974: XIV), der bewusst „Begriffe, die auch die unseren sind“, und um deren geschichtliche Bedeutsamkeit wir darum wissen können, zum Gegenstand wählte.

Bei Rosanvillon liegt dem jedoch ein spezifisch demokratietheoretisches Argument zugrunde. Die Demokratie ist für ihn nicht nur eine Regierungsform unter anderen. Sie begründet vielmehr ein historisch neuartiges Verhältnis der Menschen und der Gesellschaft zu sich selbst. Rosanvillon schließt hier wieder an Claude Lefort an: Die Demokratie, zitiert er diesen, eröffne eine Gesellschaft, die nicht mehr „fassbar“, nicht mehr von einem Punkt her beherrschbar ist, und in der die Identität des Volkes Gegenstand einer andauernden Befragung bleibt (Rosanvillon 1998: 18). Für Lefort zeichnet sich die Demokratie bekanntlich dadurch aus, dass in ihr der „Ort der Macht leer“ bleiben muss, eine Einheitsverkörperung also nicht mehr möglich ist (Lefort 2001: 28). Es entstehe daher auch ein neues Verhältnis zur Geschichte: Die Menschen machen die Erfahrung einer fundamentalen Unbestimmtheit im Hinblick auf die Grundlagen der Macht und des Wissens über ihre eigene Ordnung und müssen die Gesellschaft als Produkt ihrer eigenen Handlungen begreifen (ebd.: 30). An diese Überlegungen schließt Rosanvillon ersichtlich an. Die Auflösung eines einheitlichen Gesellschaftskörpers und die Entstehung der Demokratie benennt auch er als die zwei ‚großen‘ historischen Momente, die seinen Zugang zur Geschichte prägen (Rosanvillon 1995: 29). Den aporetischen Charakter des Politischen begründet er damit, dass letzteres in der Demokratie immer eine „Erfahrung von Freiheit“ (Rosanvillon 2011c: 47) bedeute – und daher mehr in Gestalt einer Frage als einer Antwort erscheine. Kurz: Es ist gar nicht das Politische an sich, das aporetisch konstituiert ist, sondern das Politische in der Demokratie.¹¹ In diesem Sinne sind die neueren Studien, die die aktuellen Transformationen der Demokratie in den Mittelpunkt rücken – wie die Erosion der Parteien- und Gewerkschaftsdemokratie zugunsten der ‚Gegendemokratie‘ (Rosanvillon 2006) und unpolitischen Formen der Legitimität durch ‚Unparteilichkeit‘, ‚Reflexivität‘ und ‚Nähe‘ (Rosanvillon 2008) – ihrerseits nur die stringente Fortschreibung ein- und desselben Forschungsprogramms.

11 Dies mag erklären, wieso Rosanvillon wichtige, in seinen Augen aber womöglich der Demokratie äußerliche Phänomene wie die französischen (Kolonial-)Kriege nicht thematisiert (zu dieser Lücke Raphael 2013: 17 f.).

4. Der Wert der Geschichte für die Gegenwart

Mit der Unterstellung einer relativen historischen Kontinuität, die durch die gemeinsame Grunderfahrung demokratischer Offenheit und Freiheit gestiftet wird, stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von Geschichte und Gegenwart. Warum und für wen schreiben wir die Geschichte des Politischen? Was kann sie uns, was soll sie uns sagen? Welche Rolle spielt, anders gefragt, politische Normativität? Die Antwort hat drei Teile.

Denkbar scharf grenzt Rosanvallon sich *erstens* von einer systembildenden normativen Politischen Philosophie ab. Ihr attestiert er, die Idee der Demokratie zu ‚parasitieren‘ (Rosanvallon 2011b: 177). Besonders John Rawls und Jürgen Habermas dienen ihm als Negativbeispiele. Beide würden in unzulässiger Weise die Realität formalisieren, indem sie a priori Kriterien festlegten, was als gerecht gelten könne oder wie ein vernünftiger Diskurs zu führen sei (Rosanvallon 2011c: 54). Als Problem erscheine dann nur noch, dass die Wirklichkeit sich dem nicht anbequemt. Ob er den genannten Autoren damit gerecht wird, sei dahingestellt. Mit ihrer im weitesten Sinn kantianischen Art der Theoriebildung will Rosanvallon seine eigenen Arbeiten jedenfalls nicht verwechselt sehen. Er schreibt sich damit wie auch Foucault oder Bourdieu in eine Absetzbewegung französischer Intellektueller seit den 1970er Jahren ein, die zu einer auf „Letztbegründungen zielenden Gesellschaftstheorie“ zunehmend auf Abstand gehen (Raphael 2013: 16).

Doch bedeutet das *zweitens* nicht, dass er sich auf einen Standpunkt szientistischer ‚Werturteilsfreiheit‘ zurückziehen würde. Die Alternative besteht für ihn nicht zwischen normativer und neutraler Forschung, sondern zwischen einer apriorischen gesetzten Normativität („normativité de départ“) und einer solchen des Ergebnisses („normativité d’arrivée“) (Rosanvallon 2011a: 346). Seine eigene Arbeit versteht Rosanvallon in der zweiten Weise: Als theoretische Reflexion und Klärung empirischer Erfahrungen und Praktiken, von der aus dann tentative Orientierungsangebote formuliert, vor allem aber falsche Verallgemeinerungsansprüche zurückgewiesen werden können. Das erscheint als eher schwache Form von Normativität. Sie geht auf den ersten Blick nicht viel weiter als bei Quentin Skinner, der den Wert der Geschichtsschreibung daran festmacht, dass sie scheinbar Feststehendes als „zufällige[s] Ergebnis unserer eigenen Organisationsformen“ erkennbar werden lasse und uns damit einlade, die „Vielfalt entwicklungsfähiger moralischer Hypothesen und politischer Verpflichtungen zu entdecken“ (Skinner 2010: 86 f.). In ähnlichem Geiste setzt auch Rosanvallon einem ‚geschlossenen‘ Universalismus, der nur ein privilegiertes normatives Modell kenne, einen ‚offenen Universalismus‘ entgegen, der die Gesamtheit der demokratischen Freiheitserfahrungen aufbewahren und den Raum für Neubestimmungen ausloten soll (Rosanvallon 2008). Insofern trifft auch auf ihn zu, was Kari Palonen über Skinner und Koselleck schreibt: Der normative Gehalt ihrer Arbeit liege weniger in konkreten Empfehlungen als in einer neuen Art des Theoretisierens – „conceptual history offers a chance to turn the contestability, contingency and historicity of the use of concepts into special instruments for conceptualizing politics“ (Palonen 2002: 92). So erlaubt die Einsicht in die konstitutive Spannung zwischen dem soziologischen und dem verfassungsrechtlichen Volksbegriff, die sich mit Rosanvallon gewinnen lässt, eine Kritik aller Versuche, eine Seite auf Kosten der anderen zu fixieren. Zugleich sensibilisiert sie unsere „institutionelle Phantasie“ (Raphael 2013: 12) für die Frage, durch welche in der Gegenwart vielleicht schon ansatzweise zu erahnenden Arrangements diese Spannung produktiv ausgetragen und bearbeitet werden könnte. Dabei mag man im Einzelnen zu anderen Einschätzungen kommen als Rosanvallon selbst – seinen vorsichtigen Opti-

mismus hinsichtlich neuer postelektoraler Formen der Repräsentation und Legitimität etwa würde ich in vielen Hinsichten nicht teilen. Doch das sind Fragen des politischen Urteils und das müssen wir, um Quentin Skinner (2010: 86) zu paraphrasieren, schon selbst besorgen.

Über die reflexive Öffnung des Denkens hinaus hat Rosanvillons Verständnis von Geschichtsschreibung aber *drittens* noch eine republikanische Grundimprägung, die sich von einer abgeklärten, selbstzweckhaften postmodernen Wertschätzung des Unfertigen und Agonalen grundsätzlich unterscheidet – und die auf problematischen Prämissen beruht. Sie deutet sich etwa in dem gegen Foucault gerichteten positiven Bezug auf die Idee des ‚Fortschritts‘ an: Fortschritt meint dabei nicht Annäherung an ein feststehendes Ideal, sondern die tendenzielle Überwindung der Trennung von Theorie und Praxis (Rosanvallon 1995: 34). Der Grundgedanke erinnert an die Feuerbachthesen von Marx. Anders als der Marxismus sieht Rosanvallon aber keine einzelne Klasse oder Partei als diejenige an, die die Richtung vorgibt: Der ‚Fortschritt‘ ist ein republikanisches Projekt, an dem alle mitarbeiten. Die Arbeit des Historikers und Philosophen ist dann nicht mehr streng von der Praxis der Demokratie zu trennen (Rosanvallon 1998: 363). Wenn es die gemeinsame geschichtliche Erfahrung ist, die uns das Verständnis vergangener Gegenwart der Demokratie eröffnet, dann ist auch *unser* Denken und Schreiben ein Teil jener gemeinsamen Suchbewegung, die durch das ursprüngliche Versprechen der Freiheit angestoßen wurde (Rosanvallon 2006: 32). Exemplarisch ist das in der Formel zusammengefasst, dass die Demokratie nicht nur eine Geschichte *hat*, sondern eine Geschichte *ist* (Rosanvallon 2011c: 49). Sprich: ein Unternehmen, an dem diejenigen, die in Büchern, Vorlesungen oder auch Romanen ein Wissen über die Gesellschaft produzieren, immer schon teilnehmen. In diesem Sinne möchte Rosanvallon (2011c: 66) sich „in die Tradition all jener Gelehrten einreihen, die auch aufgrund ihres Werkes unermüdliche Bürger waren“. Das ist nicht zu verwechseln mit der Figur des intellektuellen Aktivisten, der die Wissenschaft in den Dienst einer Weltanschauung stellt, der er durch seinen Rang besondere Autorität verleiht (Rosanvallon 1995: 36). Vielmehr soll die eigene Arbeit zugleich einen Beitrag zur kollektiven Entzifferung der gemeinsamen Welt darstellen. Rosanvallon (2006: 313) spricht auch von einer ‚kognitiven‘ Dimension des Politischen. Von diesem Geist ist auch das von ihm initiierte Projekt *raconter la vie* getragen, das durch die Sammlung autobiographischer Perspektiven ein gemeinsames narratives Wissen über die Gesellschaft hervorzubringen versucht, um der sprachlosen Fragmentierung, die die Republik erfasst hat, entgegenzuwirken (Rosanvallon 2014). Sowenig freilich etwas gegen eine republikanische Grundintention einzuwenden ist, die die ‚Sorge um die Welt‘ (Arendt) als Motivation auch für die Wissenschaft wachhält, so problematisch ist meines Erachtens diese spezifisch kognitive Wendung. Denn von einem politischen Verständnis der Wissenschaft ist es dann nur ein kleiner Schritt dazu, das Politische selbst umgedreht nur noch als Problem des Wissens zu begreifen, als epistemische Frage – und nicht mehr als Frage der Macht.

5. Fazit. Historische Erfahrung und französische Besonderheit

Rosanvillons *histoire conceptuelle du politique* ist in ihrer beherzten Zusammenführung von Sozial-, Verfassungs- und Ideengeschichte sowie Politischer Theorie ohne Zweifel programmatisch erfrischend und seine inhaltlichen Studien enthalten im Einzelnen zahlreiche Anregungen zur innovativen Neulektüre der Geschichte politischer Konzepte. Die von

Claude Lefort beeinflusste Perspektive auf die Demokratie bildet dabei eine genuin politisch-theoretische Komponente des Unternehmens. Die methodische Voraussetzung einer Sphäre ‚des‘ Politischen, die über ihre konstitutiven Aporien erschlossen werden kann, die Unterstellung eines durch die demokratischen Revolutionen begründeten Kontinuums der Kontingenz- und Freiheitserfahrungen, das die Gegenwart mit der Geschichte verbindet – all das mag dem Geschichtswissenschaftler zu spekulativ erscheinen, die Politische Theoretikerin hingegen ist darin geübt, von theoretischen Vorgriffen her zu denken und Aporien nicht als Ergebnis mangelhafter Definitionen, sondern als Gegenstände der Exploration zu begreifen. Mit Rosanvallon lässt sich diese Art des Denkens auch für quellennahe ideen- und begriffsgeschichtliche Forschung auf eine Weise fruchtbar machen, die für die Politische Theorie, die ihre Erkenntnisinteressen immer *auch* aus der Gegenwart bezieht, in meinen Augen attraktiver ist, als die bisweilen nur ‚antiquarische‘ Forschung Skinners oder die semantischen Analysen Kosellecks. Dass einzelne inhaltliche Schlussfolgerungen Rosanvallons wohl nicht jeden Leser restlos überzeugen, ändert daran nichts.

Doch lässt sich das, was ich als ‚Methode‘ beschrieben habe, tatsächlich vom Werk Rosanvallons und dem Gegenstand desselben lösen? Denn unzweifelhaft ist es nicht nur die moderne Demokratie, sondern die *französische* Demokratie, die im Zentrum von Rosanvallons historischer Forschung steht. Zwar fordert er explizit eine „komparative Neugier“, und die Offenheit für innere Spannungen der Demokratie übersetzt sich auch in eine Offenheit für abweichende Erfahrungen zwischen verschiedenen Ländern (Rosanvallon 1995: 35; vgl. Rosanvallon 2008). Er selbst bemüht vor allem die Vereinigten Staaten, hier und da England und sporadisch auch Deutschland als Vergleichsfolien. Doch soweit es das lange 19. Jahrhundert betrifft, haben seine Studien dann doch einen „strikt hexagonalen Fokus“ (Verdo 2002: 719), konzentrieren sich also überwiegend auf Frankreich. Könnte es sein, dass Rosanvallons historische Methode einfach nur die französische Erfahrung spiegelt? Anders gefragt: Könnte es sein, dass nur die *französische* Demokratie aporetisch konstituiert ist, weil sie sich über zwei Jahrhunderte an ihrem absolutistischen Erbe und revolutionären Ursprung gleichermaßen abarbeiten musste? In diesem Fall ließe sich Rosanvallons Zugriff entlang der inneren Widersprüche und Verwerfungen der Demokratie offensichtlich nicht ohne weiteres auf andere Länder und Diskurse mit ganz anderen Dynamiken übertragen. Rosanvallon ist sich der Eigentümlichkeit des französischen Weges selbstverständlich bewusst. Zugleich insistiert er, dass Frankreich gerade in seinem historischen Partikularismus gleichsam als Labor der Moderne verstanden werden könne – nicht mit Blick auf die Lösungen, wohl aber die Probleme. Gerade *weil* die demokratische Erfahrung in Frankreich widersprüchlicher und gebrochener sei als beispielsweise in England, dem Land der langsamen Transition, enthalte sie die universellen Grundprobleme der Demokratie in ihrer ganzen Breite und ungeschönten, zugespitzten Gestalt (Rosanvallon 1992: 48; Rosanvallon 2000: 36).

Die Verallgemeinerbarkeit von Rosanvallons historischer Perspektive steht und fällt mit dieser Prämisse. Mancher Kritiker wird das als typisch französische Selbstüberschätzung abtun. Man kann darin aber auch einfach einen weiteren heuristischen Vorgriff sehen, den man nicht a priori beweisen kann, sondern der sich bewähren muss. Am Ende wird es darauf ankommen, ob ein solcher „demokratischer Universalismus der Probleme“ (Rosanvallon 2008: 120) durch weitere Studien im Geiste Rosanvallons¹² in der For-

12 Solche Studien im Geiste Rosanvallon finden sich derzeit vor allem für die Geschichte des Wahlrechts und der Wahlen, siehe zum Beispiel die Beiträge in Buchstein/Richter (2016).

sungspraxis auch außerhalb Frankreichs fruchtbar gemacht und inhaltlich substantiiert werden kann – und ob sich dabei auch für die in anderen Ländern existierenden Formen des Unbehagens in der Demokratie überzeugende, historisch fundierte Orientierungsangebote gewinnen lassen. Ob das gelingt, ist offen. Doch für eine Ideengeschichte, die auf der Suche nach ihrer eigenen Mission und Relevanz ist, kann es derzeit nur gewinnbringend sein, sich dieser Aufgabe zu stellen.

Literatur

- Al-Matary, Sarah / Guénard, Florent, 2015 (Hg.): *La démocratie à l'œuvre. Autour de Pierre Rosanvalon*, Paris.
- Asbach, Olaf, 2002: Von der Geschichte politischer Ideen zur „History of Political Discourse“? Skinner, Pocock und die „Cambridge School“. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 12, 637–667.
- Bedorf, Thomas / Röttgers, Kurt, 2010 (Hg.): *Das Politische und die Politik*, Berlin.
- Buchstein, Hubertus, 2000: Öffentliche und geheime Stimmabgabe. Eine wahlrechtshistorische und ideengeschichtliche Studie, Baden-Baden.
- Buchstein, Hubertus / Richter, Hedwig, 2016 (Hg.): *Kultur und Praxis von Wahlen*. Wiesbaden (i. E.).
- Busen, Andreas / Weiß, Alexander, 2013: Ansätze und Methoden zur Erforschung politischen Denkens: The State of the Art?. In: Andreas Busen / Alexander Weiß (Hg.), *Ansätze und Methoden zur Erforschung politischen Denkens*, Baden-Baden, 15–40. <http://dx.doi.org/10.5771/9783845247700>, <http://dx.doi.org/10.5771/9783845247700-15>
- Eberl, Oliver / Marciniak, Angela, 2011: Ideengeschichte in der Vielfalt der Disziplinen. Anmerkungen aus politikwissenschaftlicher Sicht. In: *Neue Politische Literatur* 56, 367–388. http://dx.doi.org/10.3726/91488_367
- Egner, David, 2013: Begriffsgeschichte und Begriffssoziologie. Zur Methodik und Historik Carl Schmitts und Reinhart Kosellecks. In: Andreas Busen / Alexander Weiß (Hg.), *Ansätze und Methoden zur Erforschung politischen Denkens*, Baden-Baden, 81–102. <http://dx.doi.org/10.5771/9783845247700-81>
- Huhnholz, Sebastian, 2015: Bielefeld, Paris & Cambridge? Wissenschaftsgeschichtliche Ursprünge und theoriepolitische Konvergenzen der diskurshistoriographischen Methodologien Kosellecks, Foucaults und Skinners. In: Ludwig Gasteiger / Marc Grimm / Barbara Umrath (Hg.), *Theorie und Kritik: Dialoge zwischen differenten Denkstilen und Disziplinen*, Sozialtheorie, Bielefeld, 157–182. <http://dx.doi.org/10.14361/9783839429860-006>
- Jennings, Jeremy, 2001: « Le retour des émigrés »? The Study of the History of Political Ideas in Contemporary France. In: Dario Castiglione / Iain Hampsher-Monk (Hg.), *The History of Political Thought in National Context*, Cambridge, 204–227. <http://dx.doi.org/10.1017/CBO9780511521317.012>
- Koselleck, Reinhart, 1974: Einleitung, In: Otto Brunner / Werner Conze / Reinhart Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*. Band 1, Stuttgart, XIII–XXVII.
- Koselleck, Reinhart, 2010: Sozialgeschichte und Begriffsgeschichte. In: *Begriffsgeschichten*, Frankfurt (Main), 9–31. <http://dx.doi.org/10.14361/9783839415214-014>
- Lane, Melissa, 2012: Doing Our Own Thinking for Ourselves: On Quentin Skinner's Genealogical Turn. In: *Journal of the History of Ideas* 73, 71–82. <http://dx.doi.org/10.1353/jhi.2012.0002>
- Lefort, Claude, 2001: *Essais sur le politique (XIXe-XXe siècles)*, Paris.
- Luhmann, Niklas, 2000: *Die Politik der Gesellschaft*, Frankfurt (Main).
- Mouffe, Chantal, 2007: *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt (Main).
- Palonen, Kari, 2004: Die Entzauberung der Begriffe: das Umschreiben der politischen Begriffe bei Quentin Skinner und Reinhart Koselleck, Münster.
- Palonen, Kari, 2002: The History of Concepts as a Style of Political Theorizing: Quentin Skinner's and Reinhart Koselleck's Subversion of Normative Political Theory. In: *European Journal of Political Theory* 1, 91–106. <http://dx.doi.org/10.1177/1474885102001001007>

- Palonen, Kari, 2004: Die Entzauberung der Begriffe: das Umschreiben der politischen Begriffe bei Quentin Skinner und Reinhart Koselleck, Münster.
- Podlech, Adalbert, 1984: Repräsentation. In: Otto Brunner / Werner Conze / Reinhart Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*. Band 5, Stuttgart, 509–547.
- Raphael, Lutz, 2013: Demokratiegeschichte als Problemgeschichte und Gegenwartsanalyse. Das Werk Pierre Rosanvillons. In: *Neue Politische Literatur* 58, 7–20. http://dx.doi.org/10.3726/91491_7
- Rosa, Hartmut, 1994: Ideengeschichte und Gesellschaftstheorie. Der Beitrag der „Cambridge School“ zur Metatheorie. In: *Politische Vierteljahresschrift* 35, 197–223.
- Rosanvallon, Pierre, 1986: Pour une histoire conceptuelle du politique (note de travail). In: *Revue de synthèse* 107, 93–105. <http://dx.doi.org/10.1007/BF03189013>
- Rosanvallon, Pierre, 1990: *L'État en France. De 1789 à nos jours*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 1992: *Le sacre du citoyen. Histoire du suffrage universel en France*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 1995: Faire l'histoire du politique: Entretien avec Pierre Rosanvallon. In: *Esprit*, Nr. 209, 25–42.
- Rosanvallon, Pierre, 1998: *Le peuple introuvable. Histoire de la représentation démocratique en France*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 2000: *La démocratie inachevée. Histoire de la souveraineté du peuple en France*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 2003: Pour une histoire conceptuelle du politique. Leçon inaugurale au Collège de France faite le jeudi 28 mars 2002, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 2006: *La contre-démocratie. La politique à l'âge de la défiance*, Paris.
- Rosanvallon, Pierre, 2007: Intellectual History and Democracy: An Interview with Pierre Rosanvallon. In: *Journal of the History of Ideas* 68, 703–715. <http://dx.doi.org/10.1353/jhi.2007.0035>
- Rosanvallon, Pierre, 2008: L'universalisme démocratique: histoire et problèmes. In: *Esprit*, Nr. 341, 104–120. <http://dx.doi.org/10.3917/espri.0801.0104>
- Rosanvallon, Pierre, 2010: *Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit, Reflexivität, Nähe*. Hamburg.
- Rosanvallon, Pierre, 2011a: «Écrire une histoire générale de la démocratie» Entretien avec Pierre Rosanvallon. In: *Participations* 1, 335–347.
- Rosanvallon, Pierre, 2011b: Entretien avec Pierre Rosanvallon. In: *Raisons politiques*, Nr. 44, 173–199.
- Rosanvallon, Pierre, 2011c: Für eine Begriffs- und Problemgeschichte des Politischen. Antrittsvorlesung am Collège de France, Donnerstag, den 28. März 2002. In: *Mittelweg* 36, 20, Nr. 6, 43–66.
- Rosanvallon, Pierre, 2014: *Le parlement des invisibles*, Paris.
- Schulz, Daniel, 2015: Die Krise des Republikanismus, Baden-Baden. <http://dx.doi.org/10.5771/9783845265421>
- Skinner, Quentin, 2009a: Hobbes als Theoretiker der politischen Repräsentation. In: *Visionen des Politischen*, Frankfurt (Main), 173–195.
- Skinner, Quentin, 2009b: Interpretation und das Verstehen von Sprechakten. In: *Visionen des Politischen*, Frankfurt (Main), 64–92.
- Skinner, Quentin, 2010: Bedeutung und Verstehen in der Ideengeschichte. In: Martin Mulsow / Andreas Mahler (Hg.), *Die Cambridge School der politischen Ideengeschichte*, Berlin, 21–87.
- Skinner, Quentin, 2012: *Die drei Körper des Staates*, Göttingen.
- Straßenberger, Grit / Münkler, Herfried, 2007: Was das Fach zusammenhält. Die Bedeutung der Politischen Theorie und Ideengeschichte für die Politikwissenschaft. In: Hubertus Buchstein / Gerhard Göhler (Hg.), *Politische Theorie und Politikwissenschaft*, Wiesbaden, 45–78. http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90419-1_3
- Tully, James, 1988: The pen is a mighty sword: Quentin Skinner's analysis of politics. In: Ders. (Hg.), *Meaning and context: Quentin Skinner and his critics*, Cambridge, 7–25.
- Urbinati, Nadia, 2006: *Representative Democracy. Principles and Genealogy*, Chicago. <http://dx.doi.org/10.7208/chicago/9780226842806.001.0001>
- Verdo, Geneviève, 2002: Pierre Rosanvallon, archéologue de la démocratie. In: *Revue Historique*, Nr. 623, 693–720. <http://dx.doi.org/10.3917/rhis.023.0693>